

Bezugspreis: Für Dresden vierteljährlich 3 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlichen Postämtern halbjährlich 6 Mark, anderweitig halbjährlich 6 Mark, an der Post halbjährlich 6 Mark, an der Post halbjährlich 6 Mark, an der Post halbjährlich 6 Mark.

# Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. v. Winterfeldt. Druck: Druckerei des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstr. 20. Fernspr. Nr. 1295.

Nr. 205.

Donnerstag, den 3. September abends.

1896.

## Amtlicher Teil.

**Dresden, 2. September.** Se. Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, Ihre Königl. Hoheiten der Prinz Heinrich von Preußen, der Prinz Albrecht von Preußen, Regent des Herzogthums Braunschweig, der Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, der Prinz Joachim Albrecht von Preußen und der Prinz Leopold von Bayern, sowie Se. Durchlaucht der Fürst Reuß j. L. Heinrich XIV. sind heute Nachmittag in Dresden eingetroffen und haben im Königl. Residenzschlosse, das im Königl. Palais am Taschenberge Wohnung genommen.

**Dresden, 28. August.** Se. Majestät der König haben zu genehmen Allerhöchster Geruch, daß der Reichsanwalt Justizrat Hans Christian Hugo v. Schöp in Dresden das von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland ihm verliehene Kommandeurkreuz des St. Stanislausordens annehme und trage.

## Ernennungen, Beförderungen u. im öffentlichen Dienste.

**Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts.** Besetzt ein Hilfslehrer für die katholische Schule zu Radeberg. Gehalt: 800 M. neben freier Wohnung. Kesselt auf Einbürgerung: Chemnitz 1897. Erneuerung bis zum 21. September einzureichen bei dem R. Bezirksinspektors für Radeberg-Land: Schulrat Gedlich in Chemnitz. Erledigt ist die hiesige Lehrerstelle zu Dornhennersdorf. Gehalt: das R. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Das Einkommen der Stelle beträgt außer der freien Kantionswohnung und etwaigen Alterszulagen 1000 M., wozu noch 72 M. für Fortbildungszulage und 36 M. für Zusatzunterricht sowie 60 M. für wöchentliche Hausbesuchunterricht kommen, wenn die Ehefrau des Bewählers diesen Unterricht übernehmen kann. Erliche noch der geprüften Lehrlinge sind bis zum 12. September an den R. Bezirksinspektors Schulrat Prof. Köhler in Zittau einzureichen. Zu belegen: die letzte hiesige Stelle an der Bürger-Schule zu Brandis. Gehalt: die obere Schullehrer. Einkommen der Stelle 90 M. Wohnungsgeld, das bei einem Betriebslohn von 150 M. beträgt, 1000 M. Gehalt und (bei erstem 24. Lebensjahre) 160 M. persönliche Zulage. Bewerbungen sind unter Aufsicht der erforderlichen Unterlagen bis zum 21. September bei dem R. Bezirksinspektors Schulrat Schöge in Chemnitz einzureichen.

## Nichtamtlicher Teil.

### Der Ausbruch des Aufstandes auf den Philippinen

hat nicht lange nach der Entdeckung der Verschwörung in den spanisch-philippinischen Madrid'schen Klubs auf sich warten lassen. Nach Berichten des Generalkapitans Blanco in Manila haben die Aufständischen in der Stärke von über 3000 Mann auf der Insel Luzon die Feindseligkeiten auch schon mit einem Zuge gegen Manila begonnen, sind aber vor den Befestigungen dieser Stadt von den spanischen Truppen geschlagen und zum Rückzug in die Berge genötigt worden. Dieser Mißerfolg dürfte den Führern der aufständischen Bewegung freilich nicht die Lust an der Fortsetzung des Kampfes benommen, sie vielmehr zu neuen Anstrengungen angepornt haben, um der Schicksalsfrage gegen die Spanier eine größere Widerstandskraft zu verleihen. Die Madrid'sche Regierung ihrerseits hat beschlossen, neue Truppen abzuschicken, und den Generalkapitän Blanco angewiesen, die auf den Philippinen zerstreuten Truppenteile nach Manila zusammenzuführen, dieselben durch Bildung von Freiwilligenkorps zu verstärken, den Belagerungszustand in dem Aufstandesgebiete zu proklamieren und in Manila selbst jede staatsfeindliche Bewegung streng im Keim zu erdrücken. Blanco, dessen Tüchtigkeit so-

wohl auf dem Gebiete der politischen Verwaltung wie auf dem militärischen gerühmt wird, hat dementsprechend bereits vier Kriegsschiffe nach der Insel Mindanao beordert, um von dort 4000 Mann Verstärkung zur Kooperation gegen die Aufständischen heranzubringen, und außerdem zu gleichem Zwecke ein Kanonenboot nach Hongkong dirigiert.

Inzwischen sind aus den Philippinen Mitteilungen eingetroffen, die über den Charakter und die eigentlichen Ziele des auf der Insel Luzon ausgebrochenen Aufstandes einiges Licht verbreiten. Danach soll die aufständische Bewegung dort nicht, wie man bisher glaubte, von den Separatisten hervorgerufen worden, sondern das Werk der Opposition sein, die dort schon seit 25 Jahren auf die vollständige Assimilierung des auf den Philippinen gehandhabten Verwaltungssystems mit dem im Mutterlande Spanien herrschenden konstitutionellen Regierungssystem hinarbeitet. Diese Opposition wird seit ihren Anfängen von hervorragenden katholischen Missionaren und Vertretern der Weltgeistlichkeit geleitet, welche letztere sich mit dem jetzigen, vielfach nach den Wünschen der auf den Philippinen „almächtigen“ Mönchsorden ausgeübten Verwaltungssystem nicht zu befremden vermochte. Die Weltgeistlichkeit bezieht sich nur aus Eingeborenen (Misiklingen), während die Dominikaner- und Franziskanerorden sich aus Spaniern rekrutieren, in ihren weitverbreiteten Niederlassungen dem gegenseitigen Einfluß ihrer einheimischen Berufsgenossen wirksam entgegenarbeiten und dem veralteten Verwaltungssystem als Stütze dienen. Schon im Jahre 1873 hatte die liberal-kerisale Bewegung der Affinisten zu einem Aufstandsversuch geführt, der jedoch mit der Hinrichtung der Anführer desselben, darunter des Tombarro Burgos und drei anderer Geistlichen, sowie mit der Deportierung der übrigen etwas weniger kompromittierten Leiter der Bewegung ein rasches Ende nahm. Seitdem bemüht sich die Affinisten, in Verhandlungen mit den jetzigen Machthabern in Madrid die ihnen erwünschte Reformgestaltung des öffentlichen Lebens auf den Philippinen zu erwirken. Sie knüpfen nahe Beziehungen mit den Führern der liberalen Partei in Spanien an, die sich ihnen gegenüber auch zu weitgehenden Versprechungen verstanden, diese aber jedesmal vollständig vergehen, nachdem sie zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen waren. Überhaupt hat in den letzten zwanzig Jahren kein einziges spanisches Ministerium, ob konservativ oder liberal, die Zustände auf den Philippinen näher geprüft und Reformen auf dem Verwaltungsgebiete dieses spanischen Kolonialbesitzes ernstlich in Erwägung gezogen. Alles, was die Affinisten bisher erlangt haben; war, daß man in Madrid den höchsten philippinischen Verwaltungsposten des Generalkapitans mit Männern besetzte, die den guten Willen nach Manila mitbrachten, den auf der Bevölkerung lastenden Druck des alten mündlichen Administrationsystems möglichst zu erleichtern. Auch der gegenwärtige Chef der Verwaltung, General Blanco, ist von solchen besten Absichten erfüllt, aber er ist bisher noch außer Stande gewesen, etwas Erprobliches zu thun. Die spanischen Minister müßten jedenfalls schon aus der bloßen Thatsache, daß der Aufstand auf den Philippinen gerade unter dem dort angeblich sehr beliebten General Blanco ausgebrochen ist, den Schluß ziehen, daß das bisherige Verwaltungssystem nicht mehr zweckentsprechend ist, daß die Eingeborenen nur durch kräftige Reformen dauernd beruhigt werden können. Insbesondere müßten sie unwirksam dem Verlangen der Philippiner nach parlamentarischer Vertretung entsprechen, wenn auch nur, um zunächst aus dem Munde dieser Vertreter und Führer selbst die berechtigten Wünsche der eingeborenen Bevölkerung auf diesem Archipel kennen zu lernen. Wie gering die Kenntnis der leitenden Kreise in Spanien bezüglich

der Verhältnisse auf den Philippinen ist, dafür scheint charakteristisch zu sein, daß General Blanco es für angezeigt gehalten hat, der spanischen Regierung in einem besonderen Drahtbericht mitzuteilen, daß die Aufständischen, mit denen er es bei dem glücklich abgeschlagenen Angriff auf die Befestigungen seiner Residenz zu thun gehabt, sich als — Eingeborene erwiesen hätten.

Wie es sich mit diesem und anderem nun auch verhält, jedenfalls kommt die Verlegenheit mit den Philippinen der spanischen Regierung sehr unangenehm. Sie fordert ein neues Truppenaufgebot, eine neue Anstrengung der finanziellen Mittel, die, an sich gering, bei dem durch die Opfer für Cuba sehr geschwächten Lande doch stark ins Gewicht fällt und die so schon schwere Misstimmung im Volke vermehrt. Wenn nicht bald eine entschiedene glückliche Wendung auf Cuba eintritt, bedarf es nur noch einer ähulichen Schwierigkeit wie der jetzigen mit den Philippinen, um die Lage in Spanien zu einem explosiven Ausgang zu treiben.

### Der Gesetzesentwurf, betreffend die Abänderung von Arbeiterversicherungsgeetzen

ist nebst dem allgemeinen Teil der zugehörigen Begründung gestern vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Nachstehend geben wir einen kurzen Überblick über diejenigen hauptsächlichsten Änderungen, die der Entwurf an dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgeetze, um welches es sich hier ausschließlich handelt, vornehmen will.

Die Beschlüsse zielen vor allem auf die Abänderung der einzelnen Jore der Versicherung, auf die Berücksichtigung und Verbesserung der Beitragsenthebung auf Grundlage des Rentenlohnens sowie auf den vorläufigen und die praktische Durchführung der Versicherung. Die Beschlüsse zielen vor allem auf die Abänderung der einzelnen Jore der Versicherung, auf die Berücksichtigung und Verbesserung der Beitragsenthebung auf Grundlage des Rentenlohnens sowie auf den vorläufigen und die praktische Durchführung der Versicherung. Die Beschlüsse zielen vor allem auf die Abänderung der einzelnen Jore der Versicherung, auf die Berücksichtigung und Verbesserung der Beitragsenthebung auf Grundlage des Rentenlohnens sowie auf den vorläufigen und die praktische Durchführung der Versicherung.

Das Rentenlohnens muß beibehalten werden. Der Beitrag, die erforderlichen Beiträge für die Invaliden- und Altersversicherung durch eine allgemeine Steuer auszubringen, kann bei der Kritik nicht bestritten werden. Es ist zu erwarten, daß die Beiträge (s. B. die Beiträge vom Arbeiter nach Lohnprozentsatz zu erhöhen) nicht zu empfinden, jedenfalls nicht eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes dadurch erzielt werden. Die dem Entwurf fast besten vorgelegten Abänderungen beziehen sich durchweg auf Einzelheiten der Ausführung, die bei einer Fortsetzung derselben der Hand genommen werden kann. Jedenfalls wird im Entwurf der Forderung Ausdruck gegeben, daß nach Durchführung der in Aussicht genommenen Verbesserungen die Klagen über das Rentenlohnens nachlassen werden.

Die finanzielle Lage der einzelnen Versicherungsanstalten hat mehrere wesentliche Umstellungen in dem Entwurf veranlaßt. Die Bilanz der einzelnen Anstalten sollen endlich erkennen, daß zwei der Anstalten, die bisher finanziell günstig gestellt sind, ein Teil derselben über die Hälfte des Ertrags abgeben, ein Teil derselben, einzelne Anstalten sogar schon jetzt einen Verlust abgeben, der fortgesetzt nach hinten zieht. Die Gründe für diese Verhältnisse der finanziellen Lage mögen zum Teil auf dem Verhalten der einzelnen Anstalten bei der Erhebung der Beiträge und Leistung der Ausgaben beruhen. Eine eingehende Prüfung dieser Verhältnisse ist für die Verbesserung der Anstalten von größter Wichtigkeit. Hierbei kommt zunächst in Betracht, wie die einzelnen Anstalten in den Bezirken der Versicherungsanstalten verteilt sind, wie die Beiträge der Anstalten verteilt sind, wie die Beiträge der Anstalten verteilt sind, wie die Beiträge der Anstalten verteilt sind.

Die Beschlüsse zielen vor allem auf die Abänderung der einzelnen Jore der Versicherung, auf die Berücksichtigung und Verbesserung der Beitragsenthebung auf Grundlage des Rentenlohnens sowie auf den vorläufigen und die praktische Durchführung der Versicherung. Die Beschlüsse zielen vor allem auf die Abänderung der einzelnen Jore der Versicherung, auf die Berücksichtigung und Verbesserung der Beitragsenthebung auf Grundlage des Rentenlohnens sowie auf den vorläufigen und die praktische Durchführung der Versicherung.

Die Beschlüsse zielen vor allem auf die Abänderung der einzelnen Jore der Versicherung, auf die Berücksichtigung und Verbesserung der Beitragsenthebung auf Grundlage des Rentenlohnens sowie auf den vorläufigen und die praktische Durchführung der Versicherung. Die Beschlüsse zielen vor allem auf die Abänderung der einzelnen Jore der Versicherung, auf die Berücksichtigung und Verbesserung der Beitragsenthebung auf Grundlage des Rentenlohnens sowie auf den vorläufigen und die praktische Durchführung der Versicherung.

## Tagesgeschichte.

**Dresden, 3. September.** Se. Majestät der Deutsche Kaiser trafen gestern, Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von Potsdam kommend, mittels Sonderzuges in Dresden-Neustadt ein. Der kommandierende General des Königl. Sächsischen Armeekorps, Generalleutnant Prinz Georg, Königl. Hoheit, sowie die zum Ehrenbesuche beim Kaiser beauftragten sächsischen Offiziere, und zwar: Generaladjutant Generalleutnant v. Treitschke, Oberstleutnant Flügeladjutant und Militärbevollmächtigter Graf v. Bismarck v. Eckardt, Hauptmann v. Schlieben und Premier-

## Kunst und Wissenschaft.

XX In den von uns schon angezogenen ärztlichen Mitteilungen aus deutschen Schutzgebieten (herausgegeben vom Kaiserl. Gesundheitsamt) berichten Dr. Friedrich Plehn und Dr. Albert Plehn über Kamerun. Friedrich Plehn wurde 1892 nach Kamerun mit dem Sonderauftrag geschickt, dort wissenschaftliche Beobachtungen anzustellen. 1894 wurde er durch Albert Plehn ersetzt. Die beiden Plehn waren in besonders günstiger Lage. Es stand ihnen ein gut ausgestattetes Laboratorium zu Gebote, und sie trieben dort nicht bloß pathologisch-anatomische und klinisch-bakteriologische Studien, sondern sie stellten auch fortlaufend Beobachtungen zur Weiterunde an. Friedrich Plehn beschäftigte sich schon früher auf Serrien und im Berliner hiesigen Krankenhaus Rosch mit dem Studium der Malaria. Dieses Studium setzte er in Kamerun fort. Er fand dafür reiches Material bei der Häufigkeit, mit der Europäer in Kamerun an der Malaria erkranken. Von 624 Erkrankungen von Europäern, die Plehn in 1 1/2 Jahren in Kamerun beobachtete, entfielen 438 (70%) auf Malaria. Im Durchschnitt hatte in 1 1/2 Jahren ein jeder Europäer fünf Malariaerkrankungen durchgemacht. Im August 1894 war rund die Hälfte aller Europäer in Kamerun malarialkrank. Eindeutig ist Plehn davon, daß man, wie es oft geschieht, die Bedeutung der Malaria bei den Negern unterschätzt. Von besonderem Interesse sind Plehns mikroskopische Blutuntersuchungen. Es handelte sich dabei um die Feststellung der verschiedenen von Laveran zuerst entdeckten Plasmodienformen. Es gelang Plehn in den meisten Fällen, die charakteristischen Plasmodien nachzuweisen. Die typischen Formen der Malaria beten bei der mikroskopischen Blutuntersuchung daselbe Bild, wie die europäischen

Formen. Dagegen erhielt Plehn Besonderheiten im mikroskopischen Bilde bei selteneren atypischen Formen und schwer reinitierenden Erkrankungen und solchen, die mit Ausschleudung von Blutflocken verbunden waren. Den verschiedenartigen Blutbefunden entsprach eine andere Beobachtung: je nach der Art des Blutbefundes war die Einwirkung von Chinin eine verschiedene. Aus diesem Verhältnisse wurden Regeln für die Behandlung der einzelnen Malariafälle abgeleitet. Als Plehn nach Kamerun ging, wurde er von der Hoffnung geleitet, es werde ihm gelingen, in einzelne Kernfragen der Biologie der Plasmodien Licht zu bringen. Solche Kernfragen sind: die Bildung der Plasmodien in Reinkultur, ihr Wachstum außerhalb des menschlichen Organismus, die Infektion von Tieren. Bei allen diesen Versuchen ging Plehns Hoffnung leider nicht in Erfüllung. Er schreibt: „Das Suchen nach dem Malariaerzeuger außerhalb des menschlichen Körpers hat ein Resultat bisher nicht gehabt. Ähnliche Infektionen von Tieren gelang nicht. Die Blutuntersuchung bei zwei Hunden, die öfters unter malarialähnlichen Erscheinungen erkrankten, ergab ein negatives Resultat. Im Blut von Papageien wurden einige Male entsprechend Blutparasiten gefunden. Die Impfung verliefen resultatlos. Das wird jedoch von immer neuerhalten und modifizierten Versuchen nicht ablassen dürfen. Das Aufsuchen der Malariaerzeuger muß und wird gelingen; damit aber wäre ein für die tropische Pathologie außerordentlich bedeutsamer Schritt vorwärts gemacht.“ Zur Bekämpfung der Malaria schlägt Plehn vor allem die Anlage eines Sanatoriums an einem möglichst gesund gelegenen Orte vor. Zu vermehren ist noch aus F. Plehns Bericht, daß unter den Kreuzern in Kamerun Peri-Peri häufig vorkommt. Dagegen ist Tuberkulose äußerst selten. Plehn fand sie nur einmal bei einem eingeborenen Subanen. Dr. Albert Plehns Beobachtungen über Malaria erpönen die Dr. Friedrich Plehn. A. Plehn hat im Jahre

1894-95 bei den Europäern im Gesundheitsdienste 288 Malariaanfalle und 11 Schwarzwasserfieber beobachtet. Von Interesse ist Plehns Feststellung, daß die Nichtbeamteten in Kamerun viel häufiger als die Beamten vom Schwarzwasserfieber mit selteneren Verlusten befallen werden. Alle fünf im Berichtsjahre in Kamerun am Schwarzwasserfieber erkrankten waren Nichtbeamteten. Unter den Beamten kamen überhaupt keine Todesfälle vor. Die günstigeren Gesundheitsverhältnisse der Beamten führt Plehn darauf zurück, daß die Beamten ärztlichen Rat schnell suchen, die Nichtbeamteten aber viel weniger bereit sind darauf zu gehen. Von den Jährigen zeigten die Subanen eine sehr hohe Empfänglichkeit für Malaria. Dagegen widerstand Plehn die Anwendung des Chinins beim Schwarzwasserfieber. Interessant ist Plehns Wahrnehmung, daß überall beim Neger Wunden ungenießbar leicht heilen. Hervorragende Bedeutung haben Plehns Mitteilungen über die Verbesserung der Befähigung der Europäer. Sowohl durch die Einführung von Schokolade, schreibt Plehn, als auch besonders durch die Lieferung von Vieh durch die Deutsche, durch Züchtung von Schafen und Ziegen wurde der Genuß von frischem Fleisch für die Europäer in Kamerun in viel ausgedehnterem Maß als früher möglich. Es ist sogar gedankt worden, daß es gelingen wird, in absehbarer Zeit das Schwarzfieber von der Zukunft ausländischen Schicksals ganz unabhängig zu machen. Ferner wurde durch sorgfältige Befehle mit Sicherheit festgestellt, daß auch in Kamerun selbst eine Reihe Gemüse, insbesondere Kohl, Karotten, Salat, Rettig, Radieschen, Bohnen und Gurken, gut gedeihen. Mit besonderem Eifer beschäftigte sich A. Plehn mit dem Studium der Malariaerkrankung, die in der Pathologie Kameruns eine hervorragende Rolle spielt. Ein Bericht über die Ergebnisse, die er dabei erzielte, steht noch aus.

In der gestrigen Sitzung der Wanderversammlung der deutschen Ingenieure und Architekten Vereine hielt Direktor Kelle (Bremen) einen Vortrag über elektrische Bahnen. Es ist nicht lange her, etwa sechs Jahre, daß mit dem Bau elektrischer Bahnen begonnen wurde, die aber heute schon in Deutschland einen Wert von 100 Mill. Mark darstellen. Das ergibt sich aus einer Statistik, die der Vortrager aus Befolgung für ihre eigene Tendenz systematisch liefern lassen. Die Streckenbahnen in Rußland, Italien und anderen Staaten sind meist in belgischen Händen, was wir in Deutschland wohl zu beklagen haben. Im Jahre 1895 war die Zahl der elektrischen Streckenbahnen von 70 auf 111 und die Betriebskraft von 17000 auf 30000 Kilowatt gestiegen. Deutschland hatte 1895 schon 406 km elektrische Streckenbahnen, Frankreich nur 132, England und Irland 107 km. Elektrische Streckenbahnen gibt es jetzt in allen europäischen Staaten außer in Griechenland, Dänemark und Bulgarien. 91 km elektrische Bahnen mit Oberleitung, die übrigen unterirdische oder Akkumulatorenbahnen. Deutsche Industrie und deutsches Kapital stehen jetzt an der Spitze, und zwar unter Zuzustimmung des amerikanischen Unternehmens. Wichtig dafür war, daß die chemisch-technischen Industrie seit vor zehn Jahren Streckenbahnen erzeugten. Trotz dieses Aufschwungs ist es heute noch ziemlich schwer, für eine elektrische Bahn eine Konzession zu erlangen. In den vielen Schwierigkeiten, die dabei in Betracht kommen, gehört die technische Literatur, die völlig unübersichtlich an der Zahl, kann der unpraktische Sachverständige aus dem Gekochten lernen, ferner der gewerbsmäßige Sachverständige aus rechtlichen Nachkenntnis, und dann der gewissenhafte gewerbsmäßige Unternehmer, der den Verlauf seiner Konzessionsgesuche nachsichtig zu berücksichtigen sucht. Der Vortragende warnt die Gemeinden und Beamten davor, sich an Zwischenhändler zu wenden, statt ihre sachverständigen Bauingenieure von vornherein mit den Verhandlungen zu be-